

Welcome Back, America? Die USA und Europa im Aufbruch

«Welcome Back, America? Europe and the U.S.»

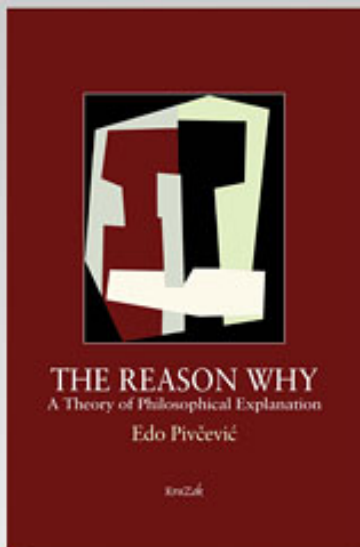
by Josef Janning

Source:

Spotlight Europe (Spotlight Europe), issue: 12 / 2008, pages: 1-8, on www.ceeol.com.

The following ad supports maintaining our C.E.E.O.L. service

eBooks on Central, East and Southeast Europe



THE REASON WHY.

A Theory of Philosophical Explanation

By **Edo Pivčević**

KruZak d.o.o, Hrvatski Leskovac, 2007
(in English)

In his latest book Pivčević argues that the scope and limits of rational explanation are set by a number of fundamental categories and principles which are all mutually complementary and interdependent.

more on:

www.dibido.eu

spotlight europe

2008/12 – November 2008

Welcome Back, America? Die USA und Europa im Aufbruch

Josef Janning

Bertelsmann Stiftung, josef.janning@bertelsmann.de

Europa feiert den neuen US-Präsidenten. Mit Barack Obama sollen die transatlantischen Beziehungen wieder besser werden. Das geschieht nicht von allein. Die Amerikaner erwarten ein größeres Engagement der Europäer bei der Lösung internationaler Probleme. Um erfolgreich zu sein, müssen beide Partner gemeinsam eine neue und geduldige Politik gegenüber den aufstrebenden Mächten der Welt einschlagen.

spotlight europe # 2008/12

Die Wiederentdeckung Amerikas

Kein Zweifel, die Europäer haben den Wechsel in Washington erhofft. Es entspricht den positiven Seiten ihres Amerikabildes, wenn auf den evangelikal-konservativen mit dem Tunnelblick auf die islamistische Terrorgefahr und einem unilateralen Politikstil nun ein Mann des internationalen Ausgleichs, der sozialen Balance und der Integration folgt. Barack Obama ist der „europäischste“ der Kandidaten dieses langen Wahlkampfes und doch einer, der aufgrund seiner Herkunft in den meisten Staaten Europas wohl kaum eine Chance gehabt hätte, zum Regierungschef gewählt zu werden.

In Obama hat Europa seine Faszination für Amerika, für dessen Vitalität und Optimismus wiederentdeckt; sie war in den Jahren seit dem Irak-Krieg fast erloschen. Umgekehrt haben die USA durch diesen Wahlkampf und durch die Entscheidung der Wähler für Barack Obama ungleich mehr gewonnen als nur einen neuen Präsidenten: Amerika hat sich für die Augen der Welt neu erfunden und damit Erwartungen geweckt, genährt und geschürt, die die zentrale Rolle der Vereinigten Staaten in der internationalen Politik neu und positiv einschätzen. Daraus entsteht Handlungsspielraum für den kommenden Präsidenten. Zugleich ist dies eine Herausforderung, denn die amerikanische Weltpolitik wird die hochgesteckten Erwartungen der Welt wahrscheinlich nicht erfüllen können.

Für Europa und seine politische Agenda bedeutet die Wahl Obamas die Chance auf eine substantielle Verdichtung der transatlantischen Beziehungen. Bereits die Bush-Administration hatte in ihrer zweiten

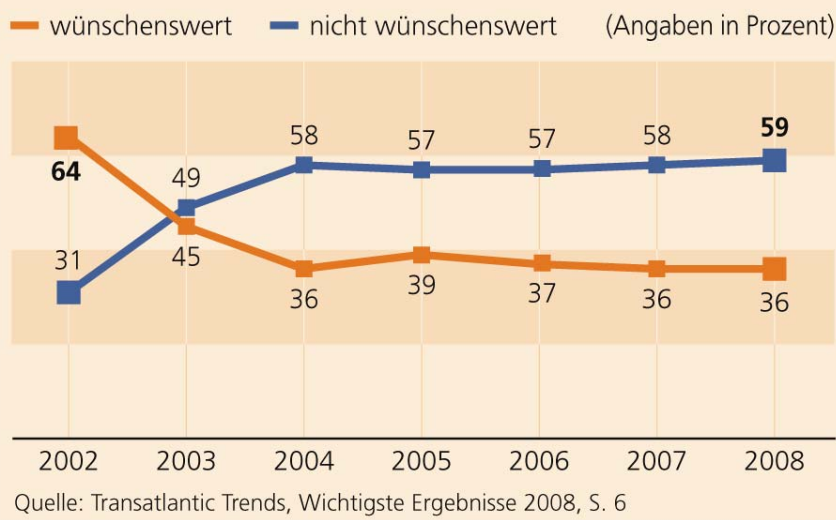
öffentliche Meinung in der EU lehnt heute eine besondere amerikanische Führungsrolle ab, obwohl in der Beurteilung der großen Herausforderungen keine wesentlichen Unterschiede über den Atlantik be-

stehen, wie die jüngste Ausgabe der [Transatlantic Trends](#) herausstellt. Das Ende der Ära Bush ermöglicht einen neuen Anfang, denn viele Europäer sind offen für eine besonnene und engagierte Rolle der USA in der Welt. Barack Obama steht in Europa für eine in den vergangenen Jahren begonnene Verbesserung der Beziehungen und die rasche Über-

windung ihrer negativen Seiten.

Diese Chance kommt für Obama jedoch nicht ohne Vorbedingungen. Sein Amtsantritt fällt zusammen mit der Einsicht in die Flüchtigkeit des „unipolaren Moments“, in dem Amerikas Stärke nicht herausgefordert wurde. Heute wird in der Krise von Finanzsystem und Wirtschaft auch vielen Amerikanern bewusst, dass sie von der Welt so sehr abhängen wie die Welt von ihnen. In den USA selbst hängt viel an Leistung und Erfolg dieser Präsidentschaft.

Europäische Ansichten zur globalen Führungsrolle der USA



Amtszeit erkannt, dass mehr Gemeinsamkeit mit Europa sinnvoll und hilfreich sein würde. Bush hatte als erster Präsident die EU in Brüssel besucht, die USA hatten das Engagement der großen Drei (Großbritannien, Frankreich und Deutschland) im Iran-Konflikt nicht länger nur von außen betrachtet und die USA hatten gemeinsam mit Europa einen Prozess der Vertiefung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes begonnen. Trotz alledem blieben der Präsident und seine Regierung jedoch in jener Bunkermentalität gefangen, die amerikanische Weltpolitik seit dem 11. September 2001 kennzeichnete. Trotz rhetorischer Konzilianz blieb Washingtons Politik fixiert auf militärische Überlegenheit und interventionistische Strategien.

Angesichts der in Europa verbreiteten Frustration über die Außen- und Allianzpolitik der Bush-Jahre hat eine Entfremdung zwischen Amerika und Europa Raum gegriffen, die auch durch den betonten US-Enthusiasmus einiger der neuen EU-Mitglieder nicht ausgeglichen wird. Die

Ein Bündel voller Probleme

Eine schwere politische Last wartet auf den Hoffnungsträger - die Bürde der Probleme hat ihn womöglich erst ins Amt getragen: Amerikas Konsumwirtschaft steckt in einer tiefen Krise, amerikanische

Verbraucher sind verschuldet wie keine andere Gesellschaft der Welt. Die Finanzkrise hat die Verwundbarkeit dieses Wirtschaftsmodells offen gelegt. Der neue Präsident muss einen Weg finden, die Wirtschaft zu beleben und zugleich zu vernünftigem Wirtschaften zurückzufinden, makroökonomisch wie auf der Mikroebene der amerikanischen Haushalte. Er hat sich vorgenommen, das System sozialer Sicherheit grundlegend zu erneuern und muss es zugleich zukunftsfähig machen, denn die Aufwendungen werden mit dem Altern der Baby Boomer rapide wachsen. In beiden Bereichen können Dialog und Partnerschaft mit Europa hilfreich sein.

Die Intervention der öffentlichen Hand in den Märkten sollte in enger transatlantischer Abstimmung geschehen; sonst nimmt der Protektionismus zu und die Glaubwürdigkeit der internationalen Handelsinstitutionen schwindet. Die Wahrung der sozialen Balance ist eine Aufgabe, die sich Europäern wie Amerikanern gleichermaßen stellt. Beide Seiten täten gut daran, die Ansätze zu einer „Lerngemeinschaft“ wieder aufzunehmen und zu vertiefen, die in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts in der Reformdebatte durch die damalige First Lady Hillary Clinton begonnen wurden.

„Kein Freifahrtschein für Europa.“

Auch die außenpolitische Sofortagenda des neuen Präsidenten enthält ungewöhnlich schwierige Aufgaben: Zwei militärisch geführte Konflikte im Irak sowie in Afghanistan sind einzuhegen oder zu beenden und der nukleare Poker mit Iran verlangt einen neuen Ansatz. Europa kann angesichts des Drucks, unter dem Präsident Obama steht, keinen Freifahrtschein erwarten. Der Publizist [Thomas Friedman](#) hat die Erwartungen der Amerikaner prägnant so zusammengefasst: „If you want Obama to succeed, though, don't just show us the love, show us the money. Show us the troops. Show us the diplomatic effort. Show us the economic part-

nership. [...] Because freedom is not free and your excuse for doing less than you could is leaving town in January.“

III

Die großen Drei unter Zugzwang

Barack Obama wird die europäischen Verbündeten unter Zugzwang setzen. Seine Regierung wird das Gefangenenlager auf Guantanamo schließen und den Rückzug aus dem Irak einleiten – nicht aufgrund der Haltung Europas, sondern aus eigenem Interesse. Mit Blick auf die innere Lage der USA wird Obama die Verteidigungsausgaben deutlich kürzen, um Handlungsspielraum für seine sozialpolitische Agenda zu gewinnen und die Wirtschaft zu beleben – auch dies aus amerikanischem Eigeninteresse.

Zugleich kann sich Obama nicht erlauben, in der amerikanischen Öffentlichkeit als schwach zu erscheinen. Deshalb hat er bereits ein verstärktes Engagement der USA in Afghanistan und Pakistan angekündigt und wird dazu deutliche Beiträge Europas einfordern. Unter den üblichen Bedingungen transatlantischer Politik werden die Europäer, die überwiegend nicht an die Erreichbarkeit der Ziele dort mit militärischen Mitteln glauben, gerade so viel tun wie sie angesichts ihrer Interessen an einer Stützung Obamas glauben tun zu müssen, jedoch nicht so viel, dass in Amerika die alte Klage über die schwachen und säumigen Europäer verstummen müsste. Damit bliebe auch mit einem Präsidenten Obamas vieles, wenn nicht alles beim Alten. [Helga Haftendorn](#) erwartet deshalb: „Das weltpolitische Geschehen wird [den amerikanischen Präsidenten] zu Entscheidungen zwingen, die den europäischen Präferenzen und Prioritäten widersprechen.“

Wenn Europa jedoch einen neuen Aufbruch will, können die EU-Staaten nicht warten. Anstatt auf eine reaktive Strategie

zu setzen, sollten sie aktiv teilnehmen wollen am anstehenden Entwurf der außenpolitischen Grundsätze und Ziele der Obama-Präsidentschaft. Dazu müssen sie jetzt das Maß ihrer wechselseitigen Abstimmung verstärken, insbesondere unter den außenpolitisch besonders exponierten EU-Mitgliedern Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Allen drei Staaten stehen Regierungschefs vor, die ein offenes und positives Bild von den Vereinigten Staaten verbindet.

Gordon Brown, Nicolas Sarkozy und Angela Merkel haben es in der Hand, Washington frühzeitig und kohärent über die Interessen und Präferenzen Europas zu informieren und an der Entwicklung einer Obama-Doktrin mit zu formulieren. Deren Eckpunkte sollten den Verzicht auf die Erzwingung westlicher Ordnungsmodelle, die Bereitschaft zu räumlich und zeitlich begrenzter Intervention, die Aktivierung der internationalen Institutionen sowie die Erneuerung von Rüstungskontrolle und Abrüstung beinhalten.

Gemeinsam sollten Amerikaner und Europäer die ambitionierte Zielsetzung aufnehmen, die lang anhaltenden und tief reichenden Konflikte der internationalen Politik nachhaltig zu befrieden. Dies wäre das stärkste Symbol für einen neuen Anfang. Kaum ein Konflikt würde sich so sehr dafür eignen wie der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Bill Clinton und George Bush haben sich dieser Aufgabe erst im letzten Jahr ihrer Amtszeit gestellt und sind an ihrer ablaufenden Zeit zur Bewältigung der Komplexität im Nahen Osten gescheitert.

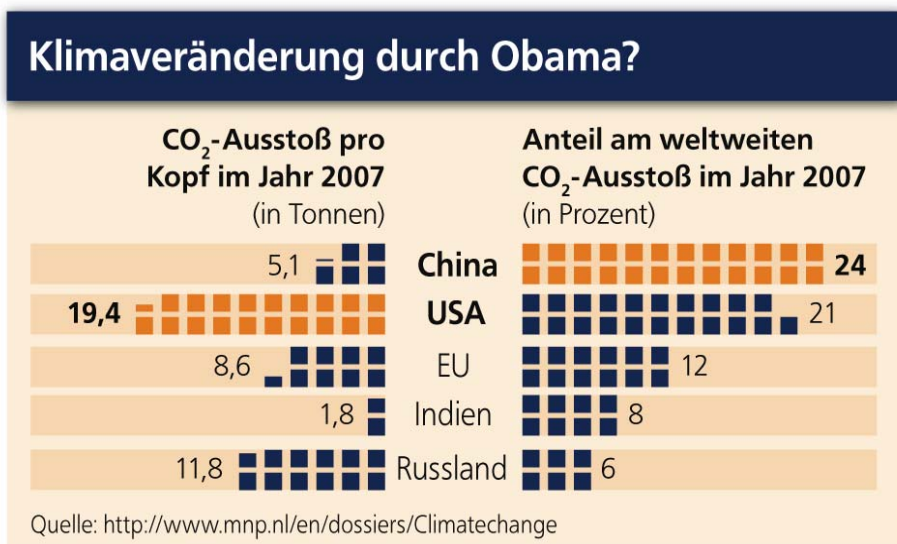
Barack Obama hat die Chance, Frieden für den Nahen Osten in der ersten Hälfte seiner kommenden Amtsperiode anzugehen; er hat sie jedoch nur, wenn er auf das volle Engagement Europas setzen kann.

IV

Neue Klimapolitik

Barack Obama wird kein bequemer Präsident für Europa sein. Sein Politikstil und seine Themen werden es den Europäern schwer machen, sich auf ihren Positionen auszuruhen. Dies gilt auch in den Bereichen, in denen die Übereinstimmung des Wahlprogramms mit den Präferenzen vieler Europäer besonders deutlich geworden ist.

Mit Obama kommt ein Präsident, der **Energieeffizienz und Energieeinsparung** über umweltpolitisch riskante neue Ölbohrungen stellt, der die Abhängigkeit von Energieimporten vermindern und erneuerbare Energien fördern will. Sein Programm hätte in Europa geschrieben worden sein



können, so sehr entspricht es der europäischen Beschlusslage zu Energieeffizienz und Klimaschutz. Obama hält den europäischen Ansatz in der Klimapolitik, die Deckelung der Emissionen und die Handelbarkeit von Emissionsrechten für richtig - damit steht einer Ausweitung des

„cap and trade“ auf die gesamte industrialisierte Welt nichts mehr im Wege. Nicht weniger wichtig für Europa ist die Bereitschaft Obamas, in der Klimapolitik mit den Europäern voranzugehen.

Bisher hatten sich die USA geweigert, Reduktionsverpflichtungen einzugehen, solange China und Indien nicht ebenfalls auf die Verminderung ihres Schadstoffausstoßes verpflichtet würden. In beiden Bereichen wird der neue Präsident jedoch nicht einfach europäischen Initiativen beitreten. Die Innenpolitik der Vereinigten Staaten erwartet Führung, nicht Nachvollzug.

So muss sich die europäische Energie- und Klimapolitik auf amerikanische Initiativen und entsprechende Führungsimpulse einstellen. Hier Urheberrecht einzufordern, wäre politisch unklug. Gemeinsam sollten die EU-Staaten mit den USA ein Nachfolgekonzept für das [Kyoto-Protokoll](#) vorbereiten, das im Dezember 2009 in Kopenhagen entschieden werden kann. Auf der Basis eigener Verpflichtungen und abgestimmter Initiativen zur Energieeffizienz wie zu CO₂-Emissionen sollte dieses Konzept die Bereitschaft kennzeichnen, selbst voranzuschreiten.

„Gemeinsam ein Nachfolgekonzept für Kyoto vorbereiten.“

Amerikaner und Europäer könnten ein solches Programm mit Investitionsanreizen für die transatlantische Wirtschaft und Energieinfrastruktur versehen, die auch konjunkturpolitische Signale setzen würden. Geeignete Grundlage eines solchen Pakets wäre die [20/20/20 Formel](#) der EU: 20% mehr Energieeffizienz, 20% weniger CO₂-Emissionen und 20% mehr erneuerbare Energien bis 2020. Wie die EU so könnten auch die USA eine Bereitschaft zur Erhöhung dieser Werte von der Beteiligung weiterer Staaten abhängig machen und gemeinsam die rasch wachsenden Wirtschaftsräume Asiens für ihr Energie- und Klimaschutzpaket gewinnen.

V

Die Finanzkrise als Katalysator

Neben diesen Prioritäten transatlantischer Politik wird die globale Finanzkrise mit ihren heute noch nicht absehbaren Folgen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in vielen Teilen der Welt zur „Gründungskrise“ der Präsidentschaft Barack Obamas.

Ihre Herausforderungen und seine Erfolge werden die Amtszeit des 44. US-Präsidenten prägen. Die Erfahrungen mit Europa und anderen Akteuren in der Krisenbewältigung werden die Weltsicht der amerikanischen Regierung wahrscheinlich stärker prägen als die Festlegungen im Wahlkampf. Es liegt deshalb auch in den Händen der EU-Staaten, ob die Perspektive eines transatlantischen Wirtschaftsraums in der Krise an Kontur und Substanz gewinnt.

Die Notwendigkeit zur Intervention im Finanzsektor bietet die Chance, die Annäherung der Wirtschaftspolitiken vor allem im Bereich der Regulierung („regulatory convergence“) zu vertiefen. Dieses Projekt von EU und USA ist in den zurückliegenden beiden Jahren weitgehend aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden.

Die Steuerungsaufgabe der Politik in der Finanzkrise bringt die Bedeutung wirtschaftlicher Integration zurück: einerseits, weil sich so ein Interventionswettbewerb zulasten offener Märkte verhindern lässt, andererseits, weil die Konvergenz der wirtschaftspolitischen Regeln beiderseits des Atlantiks auch ein Potential für wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung besitzt. Vor diesem Hintergrund könnten die USA und die EU auch zu einer Belebung der WTO-Verhandlungen beitragen. Nur gemeinsam dürfte beispielsweise die notwendige Reduzierung bzw. Abschaffung der Exportsubventionen im Agrarbereich politisch

umzusetzen sein. Die Entwicklung des Preisniveaus auf den Weltmärkten eröffnet ein Fenster für transatlantische Initiativen in diesem Bereich, das beide Seiten nutzen sollten.

Wie in jeder Krise steckt auch in der Weltfinanzkrise eine Chance: Amerika unter Obama wird eher verstehen, dass die Zeit überragender Dominanz der USA und des Westens zu Ende gegangen ist. Dass der Starke nicht am mächtigsten allein ist, sondern Stärke in der globalisierten Welt die Fähigkeit beinhaltet, die politischen Aufgaben von Interdependenz und Interaktion gemeinsam mit anderen zu gestalten; internationale Instrumente zu schaffen und zu pflegen und nach Regeln zu akzeptieren, die für alle gelten, anstatt sich außerhalb des Regelwerks zu stellen. Ohne eine aktive und eigene Strategie der USA wie Europas wird die große Verschiebung von Macht hin zu den neuen Akteuren der Weltpolitik zum großen Risiko der Globalisierung. Eine solche Strategie müsste insbesondere:

- Russland nehmen wie es ist und nicht, wie Amerikaner und Europäer es gern hätten. Dies bedeutet vor allem, Status- und Konsultationsansprüche Moskaus ernst zu nehmen, ohne Russland damit ein Veto in EU oder NATO einzuräumen, die Partnerschaftsstrategie auch unter ungünstigen Voraussetzungen konsequent zu verfolgen und die gemeinsamen Interessen

im Bereich der Sicherheit und der Rüstungskontrolle zu nutzen.

- China in den gewaltigen Herausforderungen der wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung des Landes konstruktiv begleiten, kompatible Wege zur Sicherung der Energiebasis des Landes befördern und seine insgesamt moderate Außenpolitik positiv aufnehmen.

- Indien nicht machtpolitisch instrumentalisieren, sondern als prinzipiell kooperative Macht integrieren, seinen Entwick-

Neue Weltordnung: die USA, die EU und die aufstrebenden Weltmächte



Strategie gegenüber Russland

- Status- und Konsultationsansprüche Moskaus ernst nehmen
- Partnerschaftsstrategie konsequent weiterverfolgen
- gemeinsame Interessen bei Sicherheit und Rüstungskontrolle nutzen

Strategie gegenüber China

- bei wirtschaftlicher und sozialer Modernisierung konstruktiv begleiten
- kompatible Wege zur Sicherung der Energiebasis Chinas befördern
- die insgesamt moderate Außenpolitik Chinas positiv aufnehmen

Strategie gegenüber Indien

- als kooperative Macht integrieren anstelle machtpolitischer Instrumentalisierung
- Entwicklungsbedarf Indiens anerkennen
- indisches Innovationspotential für den Klimaschutz nutzen

lungsbedarf anerkennen und Indiens Innovationspotential für den Klimaschutz nutzen.

Diese Akteure wie auch andere Schlüsselstaaten der internationalen Ordnung sollten durch Amerikaner wie Europäer in ein Netz ständigen Austauschs aufgenommen

werden, vergleichbar den Anstrengungen, die im transatlantischen Verhältnis über viele Jahre zur Sicherung des gegenseitigen Verständnisses unternommen worden sind. Für die USA wäre dies eine tiefgehende Veränderung ihres machtpolitischen Verständnisses, die politischen Mut erfordert. Die Europäer sollten ihrerseits alles tun, um die Rückkehr der Vereinigten Staaten zu einer aktiven Rolle in den internationalen Institutionen und Verhandlungsprozessen zu stärken.

“Neue Mächte einbinden.”

In der Geschichte waren Zeiten bedeutender Machtverschiebungen zugleich Epochen des Krieges und der Gewalt. Weder die Vereinigten Staaten von Amerika und schon gar nicht die Europäische Union werden die Rückkehr Chinas, Indiens und Russlands sowie den Aufstieg Brasiliens und anderer regionaler Großmächte verhindern können. Für beide kommt es vielmehr darauf an, diese Mächte in einer kooperativen Balance zu halten. Erst dann werden Lösungen für die Gestaltungsaufgaben der globalisierten Welt nachhaltig zu verankern sein.

Barack Obama besitzt für viele in Europa die Voraussetzungen, auch diese Aufgabe kooperativer Führung zu schultern: Sein Weltbild, seine Erfahrungen, seine Überzeugungen und sein Stil besitzen mehr Anknüpfungspunkte für Europa als bei den meisten seiner Vorgänger seit John F. Kennedy. Nicht, weil er europäisch dächte, sondern weil es seinem Entwurf des amerikanischen Interesses in der Welt entspricht. Europas Politik sollte diese Gelegenheit nutzen. Ein aktives Zugehen der Europäer, insbesondere Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands, auf die kommende Regierung in Washington wäre ein deutliches Signal, dass auch Europa den 4. November 2008 als eine Chance zum Wandel begreift. Wenn Europa einig und aktiv wird, könnte Barack Obama der erste amerikanische Präsident sein, der die EU-Integration und die Europäische Union in allen ihren Teilen ohne Vorbehalte unterstützt.

Josef Janning ist Senior Director bei der Bertelsmann Stiftung.

Weiterführende Literatur:

Bertelsmann Foundation, [Trans-Atlantic Briefing Book - Managing Expecations, Expanding the Partnership, Shaping the Agenda for 2009](#), November 2009

Bertelsmann Stiftung, [Revitalising the Transatlantic Security Partnership. An Agenda for Action. A Venusberg Group and Rand Corporation Project](#) (im Erscheinen)

Christian Hanelt und Almut Möller (Hrsg.), [Bound to Cooperate - Europe and the Middle East II](#), Bertelsmann Stiftung, 2008

Helga Haftendorn, [Die außenpolitischen Positionen von Obama und McCain](#), in: [Aus Politik und Zeitgeschichte](#), 37-38/2008, September 2008

Brookings Institution, [A Plan For Action - A New Era of International Cooperation for a Changed World: 2009, 2010, and Beyond](#), November 2008

American Institute for Contemporary German Studies, [A New Map For American-German Relations - Memorandum to the New U.S. President](#), Oktober 2008

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2008/11
Solidarität in der EU
Joachim Fritz-Vannahme

spotlight europe # 2008/10
Frozen Conflicts – Kant reloaded
Stefani Weiss

spotlight europe # 2008/09
Eine Stimme für den Euro
Robert B. Vehrkamp